

# Inhaltsverzeichnis

## 1. Kapitel

Einführung in die Problemstellung	13
A. Einleitung	13
B. Einführung in das Prinzip der „Lügendetektion“, definitorische und terminologische Vorbemerkungen	16

## 2. Kapitel

Die Diskussion um den Einsatz des Polygraphentests	22
A. Prinzip und Verfahrensweise der Glaubwürdigkeitsbegutachtung mit dem Polygraphentest	23
I. Kontrollfragentest	24
II. Tatwissentest	27
III. Ungeklärte theoretische Fundierung	29
B. Vor dem Urteil des BGH vom 17. 12. 1998	32
I. BGHSt 5, 332 (1954)	33
II. BVerfG – Beschluss vom 18. 8. 1981	34
III. BVerfG – Beschluss vom 15. 10. 1997	35
IV. BVerfG – Beschluss vom 7. 4. 1998	36
V. BGH – Beschluss vom 14. 10. 1998	37
VI. Auffassungen im Schrifttum bis 1998	37
C. Das Urteil des BGH vom 17. 12. 1998	38
I. Grundsätzliche verfassungsrechtliche und strafprozessuale Zulässigkeit bei Einverständnis des Beschuldigten	38
1. Kein Verstoß gegen Art. 1 Abs. 1 GG	38
2. Kein Verstoß gegen § 136a StPO	39
II. Ungeeignetheit des Beweismittels	40
1. Ungeeignetheit des KFT	41
a) Kein Beweiswert	41
b) Nicht einmal minimaler Indizwert	42
2. Ungeeignetheit des TWT	42

<b>D. Rezeption des Urteils</b> .....	43
<b>E. Analyse des BGH-Urteils</b> .....	44
I. Polygraphische Untersuchung als Hilfsmittel im Rahmen des Sachverständigenbeweises .....	45
II. Eignung des Kontrollfragentests im Hauptverfahren .....	45
1. Grundannahme und Funktionsweise des KFT .....	46
2. Indizwert der Ergebnisse eines KFT .....	50
a) Analogstudien .....	51
b) Feldstudien .....	52
c) Zwischenfazit .....	54
d) Manipulierbarkeit .....	55
e) Fehleranfälligkeit .....	56
3. Fazit .....	56
III. Eignung des Tatwissentests im Hauptverfahren .....	62
IV. Einsatz des Polygraphentests im Ermittlungsverfahren .....	63
V. Endgültiges Verbot jeglicher Form apparativer „Lügendetektion“? .....	65
<b>F. Zusammenfassung</b> .....	66
<b>G. Erfahrungen in anderen Rechtsgebieten</b> .....	66
I. Arbeitsrecht .....	67
II. Familienrecht .....	67
<b>H. Erfahrungen in anderen Ländern</b> .....	69

### *3. Kapitel*

<b>Neue Verfahren der „Lügendetektion“</b>	74
<b>A. Hirnstrommessung</b> .....	74
<b>B. Hirnbildgebende Verfahren</b> .....	75
<b>C. „Lügendetektion“ mit funktioneller Magnetresonanztomographie (fMRT)</b>	77
I. Grundlagen der Magnetresonanztomographie .....	78
II. Funktionelle Magnetresonanztomographie .....	78
III. Übersicht über verschiedene Studien zur „Lügendetektion“ mit fMRT ..	80
IV. Die Versuche von Kozel und Langleben .....	82
V. Ergebnisse der Studien .....	86
VI. Beurteilung .....	87
VII. Bereits erfolgter Einsatz in einem deutschen Strafverfahren .....	89
VIII. Theoretische Grundüberlegung zur „Lügendetektion“ mittels hirnbildgebender Verfahren .....	90
IX. Überkommene und neue Schwierigkeiten .....	93

<b>D. Weitere neue Verfahren</b> .....	96
<b>E. Ausblick: Entdecken falscher Erinnerung</b> .....	97
<b>F. Zusammenfassung</b> .....	98

#### 4. Kapitel

### Rechtliche Zulässigkeit eines nicht-invasiven, einverständlich durchgeführten hirnbildgebenden Verfahrens zur Glaubwürdigkeitsbeurteilung 100

<b>A. Vorüberlegungen</b> .....	102
I. Einbeziehung „perfekter“ Verfahren .....	102
II. Maßgeblichkeit des Beweisantragsrechts – Ablehnungsgrund des § 244 Abs. 3 Satz 1 StPO: rechtliche Unzulässigkeit der Beweiserhebung .....	103
<b>B. Verstoß gegen § 136a StPO</b> .....	105
I. Generelle Anwendbarkeit auf unwillkürliche Äußerungen .....	105
II. Anwendbarkeit auf Sachverständige bei staatlicher Anordnung der Unter- suchung .....	115
III. § 136a StPO bei direkter Anwendung .....	116
1. Untersuchung unter Verwendung eines hirnbildgebenden Verfahrens als körperlicher Eingriff .....	116
2. Untersuchung unter Verwendung eines hirnbildgebenden Verfahrens als „Täuschung“ .....	117
IV. § 136a StPO in analoger Anwendung .....	118
V. Zwischenergebnis .....	123
VI. § 136a Abs. 3 StPO bei analoger Anwendung? .....	124
<b>C. Verletzung der Menschenwürde</b> .....	131
I. Grundsätzliche Verfügbarkeit des eigenen Menschenwürdeschutzes? ....	133
1. Metaphysische Interpretation der Menschenwürdegarantie .....	134
2. Wertorientiertes Verständnis der Menschenwürde .....	137
3. Paternalistische Begründung .....	140
4. Menschenwürdegarantie als Achtung der Selbstbestimmung .....	143
5. Prinzipielle Verfügbarkeit auch in Extremfällen .....	146
6. Keine Ausnahme bei einem Verfahren der „Lügendetektion“ mit <i>specific lie response</i> .....	150
II. Zwischenfazit .....	154
<b>D. Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts</b> .....	156
I. Schutzbereich/Eingriff .....	156
II. § 81a StPO als Eingriffsgrundlage .....	157

1. Hirnbildgebende Verfahren als „körperliche Untersuchung“ .....	158
2. Glaubwürdigkeit als „bedeutsame Tatsache“ i.S.d. § 81a Abs. 1 Satz 1 StPO .....	159
3. Zwischenergebnis .....	163
III. Erfordernis einer gesetzlichen Eingriffsermächtigung – Vorbehalt des Gesetzes .....	163
IV. Zwischenergebnis .....	167
<b>E. Subjektive Schranke der Einwilligung: Das Erfordernis der Freiwilligkeit der Einwilligung .....</b>	<b>167</b>
<b>F. Objektive Schranke der Einwilligung: Vorrangige Belange der Allgemeinheit oder konkreter Dritter .....</b>	<b>175</b>
I. Interessen der Allgemeinheit .....	175
II. Belange Dritter .....	177
1. <i>Künftige Angeklagte – insbesondere das Argument des mittelbaren Drucks</i> .....	177
a) Skizzierung der Untersuchung des Themenkomplexes „mittelbarer Druck auf künftige Angeklagte“ .....	178
b) Ein ausbleibender Testwunsch würde rechtstatsächlich als Schuldindiz aufgefasst – „alltägliche Schuldvermutung“ .....	179
c) Die „alltägliche Schuldvermutung“ führte zu einem Einwilligungsdruk bei künftigen Angeklagten .....	185
d) Mittelbarer Druck und Verwertungsverbot .....	187
aa) Problem des teilweisen Schweigens .....	188
(1) Unterbliebene Beantragung als teilweises Schweigen bei erfolgter Einlassung zur Sache? .....	190
(2) Verwertbarkeit des teilweisen Schweigens .....	194
(3) Ergebnis .....	200
bb) Könnte das Verwertungsverbot die „alltägliche Schuldvermutung“ neutralisieren? .....	201
e) Abhängigkeit der „alltäglichen Schuldvermutung“ und des indirekten Drucks von der Beweissituation .....	207
f) Auswirkungen auf die Rechte künftiger Angeklagter .....	211
aa) Mittelbarer Druck als „Zwang“ für künftige Angeklagte i.S.d. § 136a Abs. 1 StPO .....	212
bb) Mittelbarer Druck als Beeinträchtigung der Aussagefreiheit künftiger Angeklagter .....	214
(1) Beeinträchtigung des Rechts, frei über die Inanspruchnahme des Tests zu entscheiden .....	217
(2) Beeinträchtigung des Rechts, den Test nicht in Anspruch nehmen zu müssen (Beeinträchtigung des Schweigerechts) .....	219
cc) Zusammenfassung .....	220

dd) Mittelbarer Druck und allgemeines Persönlichkeitsrecht . . . . .	221
g) Konsequenzen für die Zulässigkeit nach Abwägung der betroffenen Interessen . . . . .	222
aa) Nach der Beweislage wäre eine Verurteilung wahrscheinlich ..	223
bb) Nach der Beweislage wäre ein Freispruch wahrscheinlich ...	228
2. Zusammenfassung und Exkurs: Aussagedruck und „Geständnisbonus“/„Deal“ . . . . .	229
III. Mitangeklagte . . . . .	232
<b>G. Zusammenfassung und Ergebnis . . . . .</b>	<b>233</b>

### *5. Kapitel*

<b>Weitere Fallkonstellationen und ihre rechtliche Beurteilung</b>	<b>235</b>
<b>A. Testung gegen den Willen des Beschuldigten unzulässig . . . . .</b>	<b>235</b>
<b>B. Testung ohne den Willen des Beschuldigten – heimlicher „Lügendetektor“-Einsatz . . . . .</b>	<b>236</b>
<b>C. Signifikante Wahrscheinlichkeit für „falsch positive“ Ergebnisse – Spezifität bei maximal etwa 90 Prozent . . . . .</b>	<b>239</b>
<b>D. Verwertungsverbot für belastende Testergebnisse . . . . .</b>	<b>242</b>
I. Mögliche Folgen . . . . .	243
II. Durchsetzbarkeit des Verwertungsverbotes . . . . .	243
III. Verwertungsverbot für belastende Ergebnisse wünschenswert? . . . . .	245
<b>E. Es bestehen weitere Entlastungsmöglichkeiten für den Angeklagten . . . . .</b>	<b>248</b>
<b>F. Zulässigkeit im Ermittlungsverfahren . . . . .</b>	<b>249</b>
I. Belastende Testergebnisse verwertbar – Spezifität bei annähernd 100 Prozent . . . . .	250
II. Belastende Testergebnisse verwertbar – Spezifität bei maximal 90 Prozent . . . . .	252
III. Verwertungsverbot für belastende Testergebnisse . . . . .	253
<b>G. Untersuchungshaft . . . . .</b>	<b>254</b>
<b>H. Antragsrecht der Strafverfolgungsbehörden? . . . . .</b>	<b>255</b>
I. Nicht unerhebliche Wahrscheinlichkeit für „falsch positive“ Ergebnisse – Spezifität bei maximal 90 Prozent . . . . .	256
II. Unerhebliche Wahrscheinlichkeit für „falsch positive“ Ergebnisse – Spezifität bei annähernd 100 Prozent . . . . .	258
III. Antragsrecht der Strafverfolgungsbehörden im Ermittlungsverfahren? . . .	258

IV. Antragsrecht der Strafverfolgungsbehörden mit dem Ziel der Entlastung des Angeklagten? .....	259
<b>I. „Lügendetektor“-Test zum Beweis strafmildernder Umstände .....</b>	<b>260</b>

### *6. Kapitel*

<b>Folgefragen und weitere Aspekte</b>	262
<b>A. Feststellbarkeit der Beweislage .....</b>	<b>262</b>
I. Eventualbeweis Antrag .....	263
II. Hilfsbeweis Antrag .....	265
III. Bewertung .....	266
<b>B. Berücksichtigung außerprozessual erstellter Tests .....</b>	<b>267</b>
<b>C. Einsatz beim Zeugen .....</b>	<b>270</b>
I. Pflicht des Zeugen zur Einwilligung in eine „lügendetektorische“ Untersuchung? .....	271
II. Einsatz beim zustimmenden Zeugen .....	272
III. Untersuchungsverweigerung des Zeugen verwertbar? .....	275

### *7. Kapitel*

<b>Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse</b>	278
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>282</b>
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	<b>302</b>